

Anzeiger von Uster

Montag, 7. September 2020 | Nr. 207 | CHF 3.80 | www.züriost.ch



Silvan Widmers Treffer sichert einen Punkt

Beim 1:1 gegen die Deutschen in Basel ist die Schweiz die bessere Mannschaft. **Seite 17**

Mehr als nur ein Gemüsegarten

Der Landschaftsgärtner Joel Kunz aus Bubikon hat die Homefarm entwickelt, eine Art Mini-Bauernhof. **Seite 5**

Ein guter Boden für alles, was das Leben bringt.

Zürcherstrasse 29 | Telefon 044 932 29 88
8620 Wetzikon | www.reibenschuhag.ch

Reibenschuh AG
Lappiche - Parkett - Plattenbeläge - Vorhänge

Privatflieger sollen von der Klimaabgabe verschont bleiben

Bern Die vorberatende Umweltkommission des Ständerats möchte alle Flugzeuge bis 8618 Kilogramm von der Klimaabgabe befreien. Davon profitieren würde auch der Businessjet PC-24 von Pilatus.

Das Parlament will die Fliegerei verteuern. Entsprechend sollen Passagiere kommerzieller Linien- und Charterflüge künftig eine Umweltabgabe zwischen 30 und 120 Franken pro Flug zahlen. Weite Teile der Privatfliegerei hingegen wollen die Poli-

tiker schonen – allen voran die Sport- und Hobbyfliegerei. Konkret sollen alle Flieger unter 5700 Kilogramm keine Abgabe bezahlen müssen.

Nun will die vorberatende Umweltkommission des Ständerats den Kreis der Privilegierten

noch weiter ausdehnen. Sie schlägt vor, künftig alle Flugzeuge bis 8618 Kilogramm von der Abgabe zu befreien.

Höhe der Abgabe umstritten

Davon profitieren würde Pilatus. Dessen Businessjet PC-24 ist

beim Abflug maximal 8300 Kilogramm schwer.

Setzt sich die umstrittene Forderung nach einer höheren Untergrenze durch, sind laut Bundesamt für Umwelt nur noch 14 300 bis 15 300 Abflüge pro Jahr von der Abgabe betroffen –

bei insgesamt rund 250 000 Privatflieger-Starts. Umstritten ist ausserdem, wie hoch die Abgabe für diese noch verbleibenden Privatflüge ausfallen soll. Das Plenum des Ständerats stimmt heute Montag über das Geschäft ab. (zo) **Seite 12**

Vorprojekt für Brücke übers Aatal

Seegraben Das Aatal trennt die beiden Ortsteile Sack und Seegraben. Abhilfe schaffen soll eine Brücke für Fussgänger und Velofahrer. Aufgrund der topografischen Lage im Aatal wäre eine spektakuläre Hängebrücke optimal. Und auch in der Bevölkerung kommt die Idee mehrheitlich gut an. Dieser Zuspruch hat den Gemeinderat nun ermutigt, ein entsprechende Vorprojekt erarbeiten zu lassen. Dadurch erhält man auch eine grössere Kostengenauigkeit. (zo) **Seite 5**

Ein Jahr voller Herausforderungen

Turbenthal Annette Kahlens erstes Jahr als Gesamtleiterin im Gehörlosendorf Turbenthal war geprägt von vielen Herausforderungen. So gab es eine grössere Reorganisation auf Führungsebene. «Die Institution hat jahrzehntelang ein sehr hierarchisches Führungsmodell gelebt. Ein solches zu transformieren, ist ein längerer Prozess», sagt Kahlen im Gespräch. An der grundsätzlichen Ausrichtung des Gehörlosendorfs will sie aber nichts ändern. «Das Gehörlosendorf Turbenthal soll ein Ort bleiben, in dem gern gelebt und gearbeitet wird.» Deshalb möchte sie das Berufsbildungsangebot stärken. (zo) **Seite 7**

Die Kinder der getöteten Frauen

Bern Jeden Monat bringt in der Schweiz ein Mann seine Ehefrau, Freundin oder Ex um. In zehn Jahren starben 135 Frauen. Zwei Drittel von ihnen hatten Kinder – mindestens 19 Söhne und Töchter verloren allein im Jahr 2018 ihre Mutter. Doch diese Kinder erhalten vom Staat immer weniger Geld. (zo) **Seite 12**

Vom Gratisgrundstück für die Armee zum Zentrum für Kulturschaffende



Uster Das Zeughausareal weist eine lange Geschichte auf. Am Samstag wurde diese in drei Führungen aufgerollt. Auch die Zukunft wurde erörtert. Der Kulturbeauftragte Christian Zwinggi erklärte, wie das geplante Kulturzeughaus aussehen könnte. **Seite 2** Foto: Eduard Gautschi

Bubiker Gemeinderat ignoriert Empfehlung von Preisüberwacher

Bubikon Der Bubiker Gemeinderat fährt gerade sein eigenes Zügli. Er stellt sich nicht nur als einziger gegen die Prüfung einer Fusion von Rüti, Dürnten und Bubikon. Er setzt sich auch über eine Empfehlung des nationalen Preisüberwachers hinweg. Dieser rät explizit von der neuen Gebührenverordnung für Sied-

lungsentwässerungsanlagen ab, die der Gemeinderat einführen möchte.

Das Modell verkompliziert die Situation für den Kunden, weil er nicht mehr einfach das bezahlen, was er konsumiert. Ausschlaggebend sei, wie gross seine Parzelle sei und wie sie gewichtet werde, was zu einer Ungleichbehand-

lung führe. Personen mit grossem Garten und Grünflächen etwa würden doppelt betrafft, sagt Andrea Zanzi von der Preisüberwachung. Dazu komme, dass keiner das System verstehe.

Doch nicht nur dieses Geschäft sorgt vor der kommenden Gemeindeversammlung für kritische Stimmen. (tab) **Seite 3**

Swissness-Vorgabe verteuert Kampffjets

Bern Sagt das Volk Ja zu den sechs Milliarden für die Kampffjets, muss der Hersteller, der den Zuschlag erhält, einen Teil des Kaufpreises mit Gegengeschäften für die Schweizer Industrie kompensieren. Dies hat das Parlament beschlossen. Dieser Swissness-Wertschöpfungsanteil wurde von 50 auf 61 Prozent

erhöht. Politisch sei das «nicht korrekt» gewesen, moniert der SP-Fraktionschef und Waadtländer Nationalrat Roger Nordmann. Es führe «zu einer massiven Verteuerung der Kampffjets». Die Mehrkosten werde der Anbieter, der am Ende den Zuschlag erhalten werde, auf den Preis schlagen. (zo) **Seite 15**

Redaktion
044 933 33 33, redaktion@zol.ch
Aboservice
044 933 32 05, abo@zol.ch
Inserate
044 933 32 04, inserate@zol.ch
AZ 8620 Wetzikon

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen



Inserate

Rubriken

■ Amtliche Anzeigen

6

Bezirk Uster

Der lange Weg zum Kulturzeughaus

Uster In den 1930er Jahren kaufte die Stadt das Zeughausareal und schenkte es dem Militär. 2017 kaufte sie die Hälfte zurück. Nun ist hier ein Kulturhaus geplant. Dieser Werdegang wurde am Samstag in Führungen erklärt.

Eduard Gautschi

Wenn das Sprichwort «Was lange währt, wird endlich gut» stimmt, dann wird dereinst auf dem Ustermer Zeughausareal etwas ganz besonders Gutes entstehen. Denn die Planung für eine neue Nutzung des Areals währt nun doch schon ziemlich lang. Bereits 2006 wurde ein Mietvertrag mit der Armassuisse abgeschlossen, und 2008 hat die Stadt ein Entwicklungskonzept verabschiedet – aufgeteilt in fünf Phasen. Davon zu sehen ist auf dem Zeughausareal aber noch gar nichts. Allerdings ist immerhin die Planung inzwischen doch schon weit fortgeschritten, aber das hat sich bisher noch nicht in irgendwelchen Bautätigkeiten niederschlagen.

Wie weit die Planungen sind, wurde am Samstagnachmittag anlässlich der Veranstaltung «Zeughausareal Uster: gestern, heute, morgen und übermorgen» veranschaulicht. Der Anlass mit rund 20 Besuchern fand im Rahmen des europäischen Denkmaltags statt, der dem Thema «Weiterbauen» – also der Veränderung gewidmet ist. Die Themen «gestern, heute, morgen und übermorgen» wurden mit drei je halbstündigen Führungen aufgearbeitet.

Gestern: die Anfänge

Zeughäuser gibt es in der Schweiz seit dem 15. Jahrhundert. Sowohl der Kanton als auch der Bund haben solche erstellt, wie Caroline Schwarz, Leiterin des Stadtarchivs Uster, erklärt. Allen gemeinsam: Sie sind nicht unterkellert.

Usters Zeughaus gehörte in die Kategorie der eidgenössischen. Gebaut worden ist es in der Rekordzeit von anderthalb Jahren von 1937 bis 1938. Das Zeughaus war ein Prestigeobjekt, mit dem sich Uster gegenüber den Nachbargemeinden durch Ruhm und Ansehen abheben wollte. Das hatte für die Stadt ihren Preis. Denn: Die Armee bestand darauf, das 27 000 Quadratmeter grosse Areal gratis zu erhalten. Die Stadt kaufte das Grundstück, das damals noch am Stadtrand lag, den Besitzern für 150 000 Franken ab.

Dass die Stadt darüber hinaus auch noch die Kosten für den Bau von Strassen, Kanalisation und Stromversorgung ohne Murren übernahm, mutet im Rückblick



Pascale Gut, Caroline Schwarz und Christian Zwinggi (von links) erläuterten im Rahmen der Veranstaltung «Zeughausareal Uster: gestern, heute, morgen und übermorgen» die Entwicklung des Areals mitten in der Stadt. Im Bild stehen sie vor dem Ei-förmigen Bunker. Foto: Eduard Gautschi

eher seltsam an. Allerdings sagten am 10. Januar 1937 über 90 Prozent der Stimmberechtigten Ja zum Geschäft mit der Armee.

Dass die Stadt damals nicht regelte, was mit dem Gelände geschehen soll, wenn es von der Armee nicht mehr gebraucht wird, ist aus heutiger Sicht wohl ein grosser Fehler. 2003 ging die militärische Nutzung zu Ende, und es dauerte bis ins Jahr 2017, bis die Stadt Uster für den Kauf der Hälfte des Areals, also für 13 500 Quadratmeter, 4,7 Millionen Franken bezahlte. Dass sie nicht das ganze Areal kaufen konnte, ist ein weiterer Wermutstropfen.

Die einzige «militärische Nutzung» auf dem Areal findet noch bis Ende Jahr im sogenannten Gebäude K statt: Dort ist das Unteroffiziersmuseum «Compagnie 1861» untergebracht. Die Compagnie habe mittlerweile eine neue Unterkunft gefunden, wie Tobias Streiff von der Compagnie 1861 erklärte. Wo genau, wollte er am Rundgang selbst noch nicht sagen.

Heute und morgen: Planerei

2003 endete die militärische Nutzung, und 2009 startet die Phase

«Zwischennutzung» des Areals, wie Pascale Gut vom Stadtarchiv und Paul Kläui, Bibliothek, erklärten. An den Stadtentwicklungsgesprächen 2009 hätten rund 300 Personen teilgenommen, um Ideen für das Areal zu entwickeln: Unzählige Wünsche seien geäussert worden. Eines der wichtigsten Anliegen sei der Erhalt eines «offenen Geländes» gewesen. Nur ein Teil des Areals sollte überbaut werden.

Dann begann die Planung analog des sogenannten «5-Phasen-Plans», begleitet von Diskussionen und Referendum gegen den Gestaltungsplan. Das Volk hiess ihn indes an der Urne deutlich gut. Schritt für Schritt wurden parallel dazu die Gebäude in Beschlag genommen.

Die Nutzung wurde anfänglich eingeschränkt, stand doch nicht genügend Strom für alle zur Verfügung. Maler Jan Czerwinski erzählte in seinem Atelier, für welches er 300 Franken im Monat bezahlt, von den Anfängen 2011. «Im Winter war es 12 bis 13 Grad Celsius in den Ateliers, die noch nicht durch Wände, sondern durch Gitter abgetrennt waren», sagt Czerwinski. Auch

seien Ateliers als Lagerräum genutzt worden, was nicht im Sinn der Stadt gewesen sei. Die wollte das Areal ja beleben.» Im Sinn einer nach Konzept organisierten Zwischennutzung sei damals gar nichts gelaufen, sagt Czerwinski. Dies, weil ein Konzept oder Leitbild gefehlt habe. Geändert habe sich dies erst, seit Linda Bernhard als Zeughausbewirtschafterin angestellt worden sei.

Christian Zwinggi, der Kulturbeauftragte der Stadt Uster, kam 2006 nach Uster im Glauben, dass auf dem Zeughausareal «in etwa sieben Jahren» die angedachten Projekte verwirklicht sein würden. «Seht euch um, noch sieht es aus wie damals», sagte Zwinggi. Wenn auch nicht auf dem Areal mit baulichen Massnahmen, so sei doch im Hintergrund betreffend Planung sehr viel geschehen. «Wir haben einen vom Volk genehmigten Gestaltungsplan und seit 2018 endlich auch ein Kulturhaus mit zwei Kinosälen, einem Ausstellungsraum, einem Restaurant und einem Mehrzwecksaal mit 120 Plätzen. Nebenbei werde als Ersatz für den bestehenden Stadthausaal ein

neuer Saal mit 700 Plätzen entstehen.

Übermorgen: Eröffnung

Bis zur Eröffnung der neuen Kultureinrichtungen würden allerdings noch weitere Jahre vergehen, bedauerte Usters Kulturverantwortlicher Christian Zwinggi: «Geplant ist die Inbetriebnahme im Jahre 2028.»

Aus den einst 7 Jahren werden dann 22 geworden sein. Dass es auch schneller hätte gehen können – trotz Einsprachen und Referendum –, daran zweifelt Zwinggi nicht. Ein Fehler sei sicher gewesen, dass man nicht von Anfang an mit einem Leitbild und einem Nutzungskonzept gearbeitet habe. Erschwert worden sei die Planung natürlich auch durch die vielen Wechsel auf unterschiedlichen Ebenen des Projekts: Neue Stadträte und Stadtpräsidenten hätten das Zepter übernommen, und von den ursprünglich Interessierten und Engagierten seien praktisch nur noch wenige aktiv. All die Wechsel hätten nicht zur Kontinuität beigetragen, erklärt Zwinggi und ergänzt: «Das ist nun mal der Lauf der Dinge.»

Heute im Parlament

Neue Statuten, eine Initiative und ganz viele Vorstösse

Dübendorf Eine reich befrachtete Sitzung erwartet heute Abend den Dübendorfer Gemeinderat. Der Abend beginnt mit den revidierten Statuten des Zweckverbands Sportanlage Dürrbach, wobei die Stimmberechtigten an der Urne das letzte Wort haben. Weiter werden sechs Bürgerrechtsgesuche vorgelegt. Und für die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) ist nach dem Rücktritt von Brigitte Kast (Grüne) eine Ersatzwahl fällig. Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Oliver Keller (Grüne) vor.

Ein grosserer Brocken ist die Einzelinitiative «Beibehaltung der bestehenden kommunalen Nutzungsordnung auf dem Militärflugplatz». Initiant ist Cla Semadani, der diesen Juli erreicht hat, dass das Verwaltungsgericht den Gestaltungsplan zum Dübendorfer Innovationspark aufhob.

Danach werden dem Parlament mehrere Vorstösse vorgelegt, bei denen es erst einmal um die Begründung und die Überweisung an den Stadtrat geht. Nummer eins ist das Postulat «Koordinations- und Beratungsstelle für Alters- und Pflegefragen» von Tanja Boesch (EVP) und zwölf Mitunterzeichnenden. Es folgt das Postulat «Mehrwegeschirr an bewilligungspflichtigen Veranstaltungen» von Julian Croci (Grüne) und neun Mitunterzeichnenden.

Die Motion «Verwendung der ZKB-Sonderdividende für Klimaprojekte» geniesst mit 21 Mitunterzeichnenden bereits jetzt eine breite Unterstützung. Eingereicht hat sie Stefanie Huber (GLP/GEU). Zehn Mitunterzeichnende hat die Motion «Leistungsüberprüfung» von Patrick Walder (SVP), die ebenfalls traktandiert ist.

Bereits vom Stadtrat beantwortet ist die Interpellation «Ombudsberichte 2017» von Flavia Sutter (Grüne) und Hanna Baumann (SP). Die Interpellantinnen haben die Gelegenheit für eine Stellungnahme.

Die Sitzung des Dübendorfer Gemeinderats wird heute Abend um 19 Uhr im Saal des Pfarrzentrum Leepünt durchgeführt. Aufgrund der aktuellen Corona-Situation ist kein Publikum zur Sitzung zugelassen. Interessierte können die Debatten aber per Livestream über Internet verfolgen. Der Link dazu ist auf www.duebendorf.ch, der Webseite der Stadt Dübendorf, zu finden. (zo)

Rechnung genehmigt, Pfarrpersonen gewählt

Uster Die Reformierte Kirchgemeinde hat ihre Versammlung nachgeholt.

Die aufgrund der Pandemie verschobene Versammlung der Reformierten Kirchgemeinde Uster fand mit 106 Stimmberechtigten am 30. August nach dem Gottesdienst in der Kirche statt. Im Rahmen dieser Versammlung wurde die Jahresrechnung verabschiedet. Diese weist bei einem Aufwand von 4,855 Millionen Franken ein Minus von rund 300 000 auf. Gegenüber dem Budget entspricht dies einer Abweichung von 5000 Franken. Das Eigenkapital beträgt 6,97 Millionen Franken. Wie die Kirchenpflege in einer Mitteilung

schreibt, sei die Verringerung auf die neue Rechnungslegung HRM2 zurückzuführen.

2021 wohl mit Einbussen

Ob die Corona-Pandemie bereits auf die Steuern 2020 Einfluss nehmen wird, ist für die Kirchenpflege «noch unklar». 2021 müsse aber sicher mit grösseren Einbussen bei den Steuererträgen gerechnet werden. Die Rechnung wurde von den 106 anwesenden Stimmberechtigten genehmigt.

Weiter hat die Versammlung auf einstimmigen Vorschlag der

Wahlkommission drei Pfarrpersonen gewählt. Es sind dies Manuel Amstutz, Pascale Rondez und Sabine Stückelberger.

In einer Anfrage wollte der Verein für diakonische Wohn- und Lebensformen von der Kirchenpflege wissen, ob sie bereit sei, ihm das frei werdende Pfarrhaus am Schachenweg zum Selbstkostenpreis für ein WG-Projekt zu vermieten und sich mit Rat und Tat im Projekt zu engagieren. Die Kirchenpflege führte aus, dass eine nicht mehr als Pfarrhaus benötigte Liegenschaft im Finanzvermö-

gen geführt und nach der Finanzverordnung der Landeskirche zwingend gewinnbringend bewirtschaftet werden müsse. Auch sehe sie sich weder fachlich noch materiell in der Lage, sich an einem solchen Projekt zu beteiligen.

Die Versammlung schloss mit einem Hinweis, dass das vor einem Jahr vorgestellte Projekt «Visite 500» mit dem Ziel, innerhalb eines Jahres mit 500 «eher distanzierten» Kirchenmitgliedern Kontakt aufzunehmen, erfolgreich abgeschlossen werden konnte. (zo)

Uster würdigt Einsatz

Uster Stadt schreibt Engagementpreis aus.

Auch dieses Jahr verleiht die Stadt Uster einen Preis für gesellschaftliches Engagement. Er ist mit 10 000 Franken dotiert und würdigt Aktivitäten von Firmen, Vereinen und Organisationen, die sich in und für Uster positiv ausgewirkt haben.

Bis zum 18. September können laut einer Mitteilung der Stadt Vorschläge für mögliche Preisträger eingereicht werden. Voraussetzungen für eine Nominierung sind, dass das auszuzeichnende gesellschaftliche Engagement hauptsächlich in der Stadt Uster erfolgte, einen posi-

tiven Effekt auf die Wahrnehmung der Stadt Uster hat oder hatte und in der Bevölkerung positiv wahrgenommen wird.

Den Engagementpreis 2019 hat die Jury dem Verein «Abenteuerspielplatz Holzwurm» verliehen. Der weit über die Stadtgrenze bekannte Verein ermöglicht als Erlebnisinsel Kindern, Jugendlichen und Familien Aktivitäten, die Kreativität, Spontaneität, Veränderungen und Spass fördern – frei von Erwartungen und Leistungsdruck. Mehr Infos gibt es unter www.uster.ch/engagementpreis. (zo)